A m t s = B l a t t

der Königl. Regierung zu Breslau.

Stück 47.

Breslau, den 19. November

1851.

B e k a n n t m a c h u n g.

In Gemäßheit des § 9 der Verordnung vom 11. Februar 1848 sind nach Verlauf eines Jahres von den erwählten Mitgliedern der Handelskammer in Glatz ein Drittheil ausgeschieden, und zwar:

A. Von den Mitgliedern

aus dem Kreise Habelschwerdt

- 1) der Kommerzienrath Lindheim in Ullersdorf, und
- 2) der Kaufmann Hatscher in Mittelwalde.

B. Von den Stellvertretern

aus dem Kreise Glatz

- 1) der Kaufmann Hishofer in Glatz, und
- 2) eine unbesetzte Stelle.

Seitens der Wahlberechtigten sind daher für die Ausgeschiedenen Neuwahlen vorgenommen worden und hat der Wahlakt in Habelschwerdt am 14. April c., in Glatz aber am 8. August c. stattgefunden. Gegen die Wahlhandlungen hat sich nichts zu erinnern gefunden und ich bringe daher das Wahleresultat hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, nach welchem:

A. Zu Mitgliedern der Handelskammer

im Kreise Habelschwerdt

- 1) der Kaufmann Höcker in Ober-Langenau gewählt,
- 2) der Kaufmann Hatscher in Mittelwalde aber wieder gewählt;

B. zu Stellvertretern

im Kreise Glatz

- 1) der Kaufmann Konstantin Ardelts in Glatz,
 - 2) der Kaufmann Joseph Kleiner in Neurode
- gewählt worden sind.

In Stelle des vorstehend neu erwählten Stellvertreters, Kaufmann Ardelts in Glatz, welcher die Wahl abgelehnt hat, ist jedoch die Ersatzwahl vorbehalten worden.

Breslau, den 15. November 1851.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

v. Schleinitz.

B e k a n n t m a c h u n g .

In Folge mehrseitiger Anträge wird hiermit gestattet, gestempelte Post=Couvert's auch zur Versendung von Geld und geldwerthen Papieren zc., sowie zu Adressen für Fahrpost=Sendungen von geringerem Gewichte zu benutzen.

Wird durch den Werthsbetrag des auf dem verwandten Couverte befindlichen Stempels das für die betreffende Sendung zu zahlende tarifmäßige Franko nicht vollständig gedeckt, so ist der fehlende Betrag durch Verwendung von Postfreimarken zu ergänzen. Erfolgt diese Ergänzung durch Verwendung der entsprechenden Marken nicht schon Seitens der Absender, so ist der Postbeamte, welcher die betreffende Sendung annimmt, verpflichtet, unter Einforderung des fehlenden Frankobetrages von dem Aufgeber jene Ergänzung durch Aufkleben der erforderlichen Marken auf die Adresse zu bewirken. Da die tarifmäßigen Franko=Beträge für Fahrpost=Sendungen in manchen Fällen mit Brüchen von $\frac{1}{4}$ oder $\frac{3}{4}$ Sgr. abschließen, Postfreimarken zum Werthe von $\frac{1}{4}$ und $\frac{3}{4}$ Sgr. bis jetzt aber noch nicht ausgegeben sind, so müssen, wenn die Absender in solchen Fällen von der Vergünstigung, gestempelte Post=Couvert's zc. zu benutzen, Gebrauch machen wollen, überschießende Brüche von $\frac{1}{4}$ Sgr. auf $\frac{1}{2}$ Sgr. und überschießende Brüche von $\frac{3}{4}$ Sgr. auf 1 Sgr. abgerundet werden, damit die zu ergänzenden Frankobeträge durch die bereits vorhandenen Werthsorten von Marken ausgedrückt werden können.

Borerst und bis dahin, daß die Fahrpost=Taxen für die Sendungen nach den verschiedenen fremden Staaten übereinstimmend regulirt sein werden, muß die vorgedachte Verwendung von gestempelten Post=Couvert's und resp. von Postfreimarken auf die inländischen Fahrpost=Sendungen der Eingangs gedachten Art beschränkt bleiben.

Berlin, den 6. November 1851.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

B e k a n n t m a c h u n g .

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachungen vom 13. September und 22. Oktober d. J., betreffend die Herabsetzung der Zinsen der freiwilligen Anleihe des Jahres 1848 von 5 auf $4\frac{1}{2}$ pCt., wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht, daß die zu konvertirenden Schuldverschreibungen spätestens bis zum 30. laufenden Monats, und zwar von hiesigen Einwohnern bei der Kontrolle der Staatspapiere, Taubenstraße Nr. 30, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, in den Provinzen aber entweder bei der Regierung's-Haupt-Kasse, oder bei einer Kreis- oder Kreis-Steuer-Kasse, oder einem von der Königlichen Regierung damit beauftragten Domainen-Rentamte eingereicht werden müssen. Nach Ablauf jener Frist wird keine Schuldverschreibung zur Abstempelung auf $4\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen mehr zugelassen, vielmehr hinsichtlich aller bis dahin nicht eingereichten Obligationen angenommen werden, die Inhaber derselben wollten die Zinsenherabsetzung sich nicht gefallen lassen, sondern erwarteten zum 1. April 1852, in Folge der in der Bekanntmachung vom 13. September d. J. ge-

schehenen Kündigung der Kapitalien, die Rückzahlung des in den Obligationen ausgedrückten Nominalbetrages derselben.

Berlin, den 12. November 1851.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

(gez.) Ratan. Köhler. Kolke. Gamet.

Vorstehende Bekanntmachung der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in unserm Departement Domainen-Rent-Aemter einen Auftrag zur Annahme der in Rede stehenden Schuldverschreibungen Behufs der Konvertirung nicht erhalten haben, dagegen aber diese Annahme bei jeder Kreis-Steuer-Kasse, eben so wie bei unserer Haupt-Kasse bis einschließlich den 30. d. M. erfolgen kann. Hinsichtlich des Verfahrens bei Einreichung der Schuldverschreibungen an die gedachten Kassen verweisen wir auf unsere früheren dießfälligen Bekanntmachungen.

Breslau, den 15. November 1851.

Königliche Regierung.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung.

Von den Behufs der Konvertirung an unsere Haupt-Kasse eingereichten Schuld-Verschreibungen der freiwilligen Staats-Anleihe vom Jahre 1848 sind die von Nr. 433 bis incl. 549 des Journals von der königlichen Kontrolle der Staatspapiere zu Berlin zurückgekommen und demnach gegen das Duplikat-Verzeichniß, auf welchem der Rückempfang — wie vorgeschrieben, quittirt sein muß — von gedachter Haupt-Kasse in den Vormittagsstunden bald wieder einzuziehen.

Breslau, den 12. November 1851.

Pl.

Durch Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 27. Oktober c. ist unter Aufhebung des früheren Verbotes genehmigt worden, daß der Verkauf des sogenannten Fliegen-Papiers, so wie einer Kobalt- oder Fliegenstein-Auflösung als Fliegen-Vertilgungsmittel, den Apothekenbesitzern unter den, beim Giftverkauf geltenden Bestimmungen gestattet werde, jedoch unter der Bedingung, daß das in Rede stehende Fliegenpapier mittelst eines aufgedruckten Stempels als „giftig“ bezeichnet werden muß.

Den Kaufleuten und allen andern Gewerbetreibenden, außer den Apothekern, bleibt der Debit des Fliegen-Papiers und der genannten arsenikhaltigen Wässer untersagt.

Breslau, den 12. November 1851.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die bis jetzt noch nicht gezogenen Seehandlungs-Prämien-Scheine betreffend.

Der Herr Justiz-Minister hat uns mehrere Exemplare der Liste von den in den Tagen vom 15. bis 18. v. M. gezogenen Prämien der für dieses Jahr zur Ausloosung bestimmten Seehandlungs-Prämien-Scheine zum Gebrauche bei Kontrolirung der in den Depositorien befindlichen Seehandlungs-Prämien-Scheine übersandt, welche unter die Kreisgerichte zu Brieg, Frankenstein, Glas, Fauer, Landeshut, Dels, Schweidnitz und Wohlau vertheilt worden sind.

Dies wird den übrigen königlichen Kreisgerichten unseres Departements mit der Anweisung hierdurch bekannt gemacht, sich wegen Mittheilung der gedachten Liste, oder sonstiger Auskunftsertheilung in vorkommenden Fällen an eines der vorgenannten Kreisgerichte zu wenden.

Breslau, den 8. November 1851.

Königliches Appellations-Gericht.

Uhdn.

B e k a n n t m a c h u n g.

Durch den Tod des Pastors Hermes in Wüstebriese, Kreis Ohlau, ist das dortige evangelische Pfarramt erledigt worden. Dasselbe ist königlichen Patronats und das Einkommen beträgt zwischen 1000 und 1100 Rthlr. jährlich.

Breslau, den 29. Oktober 1851.

Königliches Konsistorium für die Provinz Schlesien.

B e k a n n t m a c h u n g.

Der aus Groß-Gahle, Kreis Polnisch-Wartenberg, gebürtige Musketier Wilhelm Bendig des sechsten kombinierten Reserve-Bataillons ist durch kriegsrechtliches Erkenntniß vom 20. August d. J. und die dasselbe mildernd bestätigende Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 22. September d. J. wegen versuchten Raubmordes mit Ausstoßung aus dem Soldatenstande, Verlust der National-Kolarde und aller Ehrenrechte, einer achtzehnjährigen Zuchthausstrafe und zehnjähriger Polizei-Aufsicht bestraft worden.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Kofel, den 11. November 1851.

Königliches Kommandantur-Gericht.

C h r o n i k.

An Stelle des bisherigen Polizei-Anwalts-Substituten, Kreis-Sekretair Stange in Waldenburg ist der städtische Sparkassen-Rendant und Registrator Gleis daselbst zum Substituten des Polizei-Anwalts Vogel zu Waldenburg, desselben Kreises, ernannt worden.